

Arbeitslosenversicherung

## Ein Modell für den Wettbewerb

Um die Arbeitslosenversicherung effizienter zu gestalten, sollte sie auf ein Prämiensystem umgestellt werden, bei dem die Beiträge wie bei privaten Versicherungsverträgen nach den individuellen Risiken gestaffelt sind. Denn nur wenn Arbeitslose über derart gestaltete Prämien an den Kosten beteiligt werden, die sie verursachen, haben sie auch ein Interesse daran, möglichst schnell wieder eine Stelle zu finden. Wer z.B. aufgrund seiner geringen Ausbildung ein hohes Risiko hat, arbeitslos zu werden, zahlt höhere Beiträge. Auch Phasen der Arbeitslosigkeit wirken prämienerhöhend. Der administrative Aufwand für die Risikoabschätzung dürfte zwar beträchtlich sein. Allerdings liegen der Bundesagentur viele der für die Kalkulation der Prämien benötigten Daten vor – wie die Branche, die Betriebszugehörigkeit, das bisherige Gehalt etc.

Sobald die staatliche Versicherung auf ein Prämienmodell umgestellt ist, kann der Markt für private Wettbewerber freigegeben werden. Dabei sollte die staatliche Arbeitslosenversicherung zunächst beibehalten werden, um sicherzustellen, dass kein privater Anbieter sich als Monopolist eine goldene Nase verdient. Wenn sich genügend private Versicherungen etabliert haben, kann dann aber die staatliche Versicherung aufgelöst werden.

**Holger Schäfer: Privatisierung der Arbeitslosenversicherung?, IW-Positionen Nr. 20, Köln 2006, 50 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter [www.divkoeln.de](http://www.divkoeln.de)**

Gesprächspartner im IW: **Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124**

Bitte beachten Sie auch: **Jürgen Matthes: Deutschlands Handelsspezialisierung auf forschungsintensive Güter, in: IW-Trends 3/2006**

## Arbeitslosenversicherung

## Ein Prämienmodell ist sinnvoll

Um die Arbeitslosenversicherung effizienter zu gestalten, sollte sie zunächst auf ein Prämiensystem umgestellt und anschließend privatisiert werden. Nur wenn ein Arbeitsloser über risikoadäquate Prämien an den Kosten beteiligt wird, die er verursacht, hat er auch ein Interesse daran, möglichst schnell wieder in Lohn und Brot zu kommen.\*)

Arbeitsmarktexperten und Wissenschaftler sind sich einig: Wie die Arbeitslosenversicherung heute konstruiert ist, verlängert sie die Arbeitslosigkeit. So verringert eine Kürzung der Bezugsdauer um zwei Monate die Dauer der Arbeitslosigkeit um zwei Wochen.

Hinter diesem empirisch belegten Zusammenhang steht ein gängiges Verhaltensmuster von Arbeitslosen; dieses wird auch als Moral Hazard bezeichnet (Missbrauchsrisiko): Ein Arbeitssuchender wägt immer ab, ob er eine angebotene Stelle annimmt oder nicht. Lehnt er ab, entgeht ihm der Lohn. Nimmt er an, vergibt er die Chance, eine bessere Arbeit mit höherem Lohn zu finden.

Solange Arbeitslosengeld gezahlt wird, kann man diese Pokerrunde finanziell ohne großen Schaden durchstehen. Im Ergebnis verlängert sich jedoch die Suche – die Arbeitslosenversicherung fördert auf diese Weise die Langzeitarbeitslosigkeit.

Eine nahe liegende Lösung zur Vermeidung dieses Problems wäre es, die staatliche Arbeitslosenversicherung ganz abzuschaffen und es jedem selbst zu überlassen, für den Fall der Fälle vorzusorgen. Das wäre letztlich auch angemessen. Wer länger sucht, um einen höheren Lohn herauszuschlagen, finanziert diese Suche selbst und lässt nicht andere dafür zahlen; schließlich hat er ja auch den Vorteil davon.

## Sparen für die Arbeitslosigkeit: Ein untauglicher Vorschlag

Es existiert der Vorschlag, die Einkommensausfälle bei Arbeitslosigkeit durch private Ersparnisse abzusichern. Um einen Kapitalstock aufzubauen, der das derzeitige Niveau der Leistungen durch die Arbeitslosenversicherung absichert, müssten Arbeitnehmer über 8 Jahre lang ansparen. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie in der Zeit des Ansparens arbeitslos werden, ist hoch.

	Alleinstehende		Verheiratete
Bruttoeinkommen in Euro	2.000	4.000	4.000
Nettoeinkommen in Euro	1.310	2.212	2.597
Anzusparendes Betrag in Euro pro Monat	98	178	195
So viel Euro müssten gespart werden, um für diesen Zeitraum ein Arbeitslosengeld von 60 Prozent des Nettoeinkommens zu erreichen			
6 Monate	4.716	7.963	9.349
12 Monate	9.432	15.926	18.698
Erforderliche Spardauer in Jahren für eine Absicherung von			
6 Monaten	4,0	3,7	4,0
12 Monaten	8,1	7,4	8,0
Wahrscheinlichkeit in Prozent, dass in der Ansparphase Arbeitslosigkeit eintritt			
6 Monate Absicherung	37	35	37
12 Monate Absicherung	61	58	61
Anzusparendes Betrag: Nettolohnzuwachs bei Übertragung des gesamten Arbeitslosenversicherungsbeitrages auf den Bruttolohn; Quelle: IW-Berechnungen			

© 25/2006 Deutscher Institut-Verlag

Ein Weg, selbst vorzusorgen, wären private Ersparnisse. Jeder könnte – so wird von einigen Ökonomen vorgeschlagen – den eingesparten Arbeitslosenbeitrag als Notgroschen zurücklegen. Dieses Konzept hakt jedoch an einer ganz bestimmten Stelle: Was passiert, wenn man arbeitslos wird, bevor das Sparbuch prall gefüllt ist?

**Um ein dem heutigen Sicherungsniveau entsprechendes Kapital aufzubauen, müsste ein Durchschnittsverdiener rund sieben bis acht Jahre lang seinen gegenwärtigen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ansparen.**

Die Wahrscheinlichkeit, in dieser Ansparphase arbeitslos zu werden, beträgt aber über 50 Prozent. Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer würde das gegenwärtige Sicherungsniveau also nie erreichen (Grafik).

Mithin kommt man an einer Arbeitslosenversicherung nicht vorbei – allerdings muss sie nicht vom Staat organisiert werden, zumindest nicht längerfristig. Übergangsweise muss Nürnberg aber im Boot bleiben. Denn es ist in der Anfangszeit damit zu rechnen, dass private Versicherungen – weil es auch international keine Vorbilder für Privatlösungen gibt – zunächst passen werden. Deshalb schlägt das Institut der deutschen Wirtschaft Köln eine abgestufte Reform vor:

**1. Umstieg auf ein Prämiensystem.** Die staatliche Arbeitslosenversicherung bleibt zunächst bestehen, geht aber zu risikoäquivalenten Prämien über. Wer – z.B. aufgrund seiner geringen Ausbildung – ein hohes Risiko hat, arbeitslos zu werden, zahlt höhere Beiträge. Auch Phasen der Arbeitslosigkeit steigern die Prämien. Damit ergibt sich ein Anreiz, schnell eine neue Beschäftigung aufzunehmen.

Der administrative Aufwand für die Risikoabschätzung dürfte

zwar beträchtlich sein. Allerdings liegen der Bundesagentur viele der relevanten Daten vor, die man für die Kalkulation der Prämien braucht – wie die Branche, die Betriebszugehörigkeit, das bisherige Gehalt etc.

**2. Einstieg privater Wettbewerber.** Sobald die staatliche Versicherung mit risikoäquivalenten Prämien arbeitet, kann der Markt für private Wettbewerber freigegeben werden. Die Beibehaltung des staatlichen Angebots stellt sicher, dass kein privater Anbieter sich als Monopolist eine goldene Nase verdient.

**3. Abschaffung der staatlichen Versicherung.** Wenn sich genügend private Versicherungen etabliert haben, kann die staatliche Versicherung aufgelöst werden.

\*) Vgl. Holger Schäfer: Privatisierung der Arbeitslosenversicherung? IW-Positionen Nr. 20, Köln 2006, 50 Seiten, 11,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter [www.divwkoeln.de](http://www.divwkoeln.de)